

ZLV ERFOLGE SEIT 1995

- 2010 Erste Verbesserungen bei übertriebenem Datenschutz: Die Jugendstaatsanwaltschaft erlässt eine Weisung, welche die Voraussetzungen für die Information der Schulorgane regelt. Demnach soll eine Information insbesondere bei Verbrechen und Vergehen gegen Leib und Leben (Körperverletzung, Angriff, Raufhandel etc.) und gegen die sexuelle Integrität erfolgen. Die Information geht an die Schulleitung, im Volksschulbereich auch an das Schulpflegepräsidium. Die zuständige Schulleitung, und gegebenenfalls das zuständige Präsidium der Schulpflege, kann im Einzelfall die ihr bekannt gegebenen Daten an Lehrpersonen oder weitere Fachpersonen weiter geben, soweit diese die Daten zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen. Damit wird ein Teil der Forderungen des ZLV bezüglich besserem Informationsfluss erfüllt.
- 2010 Das Sonderpädagogische Konzept der Bildungsdirektion wird zurückgezogen. Der ZLV war gegen die Vorlage, vor allem weil diese mit Sparvorgaben verknüpft war.
- 2010 Im Projekt „Lehrmittelpolitik“ konnte der ZLV alle Forderungen aus seinem Positionspapier Lehrmittel einbringen. In weiteren Teilprojekten, welche erst noch definiert werden müssen, werden die weiteren Schritte besprochen und Massnahmen umgesetzt.
- 09/10 Gestaltungspool für besondere Belastungen (ca. 1 Lektion pro 6 Klassen).
- 2009 Reduzierte Weiterbildung der Primarlehrpersonen für das Fach Religion und Kultur.
- 2009 Im Entwurf Vernehmlassung Berufsauftrag ist eine Entlastung für Klassenlehrerfunktion enthalten.
- 2009 Lehrmittel
Einsetzung der Begleitkommission Neuorganisation Lehrmittelpolitik
- 2009 Beschluss Bildungsrat: Ein Zeugnisgespräch auf Kindergartenstufe genügt pro Schuljahr.
- 08/09 Lohn: Stufenaufstieg 2008 und 2009 für alle mit der erforderlichen Qualifikation ein Stufenaufstieg, ca. 1/3 der Lehrpersonen zwei Stufenaufstiege.
- 2008 Kantonalisierung Kindergarten mit Sozialplan.
- 16.8.07 Lohnsplittung für Lehrpersonen, die auf Primar- und Sekundarstufe Unterrichten.
Das bedeutet für Lehrpersonen der Sekundarstufe eine substantielle Verbesserung.
- 2006 Religion auf der Sekundarstufe wird nicht abgeschafft, sondern flächendeckend obligatorisch als Religion und Kultur eingeführt. Auf der Sekundarstufe erfolgt die Einführung ab Schuljahr 2007/08. Ab 2011/12 soll die Einführung im ganzen Kanton abgeschlossen sein. (Erfolg mit anderen Partnern).

- 2004 Der ZLV unterstützt alle eingereichten Volksinitiativen (z.B. Handarbeitsinitiative, Initiative Klassengrösse etc.) Die Existenz dieser Initiativen hat unter anderem dazu geführt, dass im Haushaltsmassnahmenplan 06 keine weiteren Sparmassnahmen im Bereich Volksschule vorgesehen werden.
- Initiative Klassengrösse, Rückzug, 2008.
 - Unterstützung der Motion Klassengrössen („Keine Klasse starte mit 25 und mehr Schüler/innen“).
 - Das letzte Drittel der Erhöhung der Klassengrössen wird nicht umgesetzt.
 - Petition sinnvolle Wiedereinführung Handarbeits-/Werkenlektionen, 2008
- 2001 Wichtige Anliegen der Lehrerschaft sind in die Gesetzesentwürfe zur Volksschulreform eingeflossen:
- Einführung von Schulleitungen im Rahmen des Konzeptes Teilautonome Volksschule (TaV)
 - Erhalt der Lehrermitsprache.
 - Festhalten am Klassenlehrerprinzip.
 - Stundenentlastung für Weiterbildungen während der Umsetzungsphase
 - Bis zwei Wochen Unterrichtseinstellung zur Organisation der Umsetzung Volksschulgesetz „sonderpädagogische Massnahmen“.
- 2001 Mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 wurde das Pflichtpensum von 28 Lektionen für alle Oberstufenlehrer/-innen Tatsache.
- 2001 Berufsauftrag: Das Grundlagenpapier der Standespolitischen Kommission (SPK) hat den Entwurf des neuen Berufsauftrags durch die Bildungsdirektion massgeblich beeinflusst.
- 2000 Eine auf ZLV-Initiative eingesetzte Arbeitsgruppe verhindert die Abschaffung der Altersentlastung.
- 1999 Der ZLV setzte sich erfolgreich dafür ein, dass im Lehrpersonalgesetz gleiche Anstellungsbedingungen für alle Volksschullehrpersonen festgeschrieben werden.
- 1999 Durch hartnäckiges Insistieren ist es dem ZLV mit den übrigen Personalverbänden gelungen, eine vorteilhafte Lösung für die Verteilung der überschüssigen Pensionskassen-Gelder auszuhandeln.
- 1999 Ein neues Lohnmodell, das der ZLV zusammen mit der Bildungsdirektion und den Schulpräsident/-innen ausgearbeitet hat, mildert die lohnwirksame Qualifikation. Als einzige Berufsgruppe unter den kantonalen Angestellten wird den Lehrerinnen und Lehrern auf den 1. Juli entweder eine ganze Besoldungsstufe (jüngere Lehrpersonen) oder eine Einmalzulage (alle übrigen) gewährt.
- 1998 Eine eingereichte staatsrechtliche Beschwerde durch den ZLV beim Bundesgericht gegen die private Finanzierung des Schulprojektes 21 konnte die Privatisierungstendenz im Bildungswesen bereinigt werden.
- 1997 Zusammen mit dem VPOD erreichte der ZLV eine Lohnerhöhung für Kindergärtner/-innen von 9%.